

Haushaltsrede SPD v. 23.3.21 (GR Elsenbusch)

Nichts ist, wie es war.

Unsere Lebens- und Arbeitsweise hat sich durch Corona grundlegend geändert.

Jeder einzelne ist betroffen. Jedes Gemeinwesen ist betroffen. Pfinztal ist betroffen.

Wie gehen wir als die für Pfinztal Verantwortlichen damit um? Sollen wir die corona-bedingten Verluste bei Gewerbe- und Einkommenssteuern durch massives Sparen

ausgleichen? Durch noch höhere kommunale Steuern? Sicherlich ein gangbarer Weg. Aber

nicht der Weg der Sozialdemokratie. Wir haben uns für Investitionen, für soziale Projekte,

für klimarelevante Vorhaben entschieden. Investitionen stützen unsere Wirtschaftsbetriebe, soziale Projekte stützen gerade die Bürger, die durch Corona am meisten leiden,

Investitionen gegen den Klimawandel helfen zukünftigen Generationen. Aber im Einzelnen:

Zur Abstimmung stand eine lange Liste von **Mittelanmeldungen** durch die Ämter, Schulen,

Kindergärten, Horte, Vereine, Feuerwehr, usw. in Höhe von **16 Mio.**, davon allein **11 Mio.** für

bauliche Investitionen in öffentliche Schulen, Kindergärten, Horte, Feuerwehrhäuser, die wir

allesamt unterstützt oder sogar durch eigene Anträge auf 2021 vorgezogen haben. Vor allem

wenn es dabei um energetische Maßnahmen, Brandschutz, Hygiene oder Sicherheit ging.

Ein weiterer viel diskutierter Punkt war der Grunderwerb durch die Gemeinde. Dafür hatte

die Verwaltung nur 200.000 Euro angesetzt. Wir beharrten auf **1 Mio. Euro**. Warum? Wenn

wir – wie einstimmig im Gemeinderat beschlossen – unsere Gemeinde nachhaltig für den

Klimawandel rüsten wollen, gehören dazu Baugebiete, die nach ganz anderen Kriterien als

bisher geplant werden: Nahwärmenetze, Energienetze, Geschosswohnungsbau, Vorgabe

bestimmter Materialien und Grenzwerte sind dafür nur einige Beispiele. Und natürlich für

uns Sozialdemokraten ganz wichtig – **bezahlbarer Wohnraum**. Das geht nur, wenn die

Gemeinde im Besitz aller Grundstücke ist.

Der „**Erwerb von beweglichem Vermögen**“ schlägt mit 1 Mio. zu Buche. Davon kommt viel

der Feuerwehr zugute. Digitalfunk, Kommandantenfahrzeug, MTW Berghausen, HLF

Söllingen (als Verpflichtungsermächtigung für 22) u.v.m. wurden von uns ohne Diskussion

akzeptiert, denn nur eine gut ausgestattete Feuerwehr kann auch gute Arbeit leisten.

Ausgebremst haben wir allerdings größere Investitionen in die Feuerwehrhäuser. Da wollen

wir das Ergebnis des vom Gemeinderat beauftragten Feuerwehr-Gutachtens abwarten, das

sowohl zukünftige Bedarfe, als auch die jetzigen Standorte prüfen soll. Selbst für Laien ist

ersichtlich, dass z.B. das FW-Haus in Kleinsteinbach in keiner Weise heutigen Anforderungen entspricht.

In die Rubrik „Erwerb von beweglichem Vermögen“ fällt auch unser Antrag, bereits in 2021 einen **Shuttle-Bus anzuschaffen**, der mit großer Mehrheit genehmigt wurde. Nach unserer Vorstellung soll dieser Bus zuerst am Bahnhof in Söllingeneingesetzt werden und die Söllinger, die schlecht zu Fuß oder mit Kinderwagen unterwegs sind, von der einen Seite der Bahn zur anderen bringen. Danach sollte der Bus vor allem auch die Höhenlagen in Pfinztal bedienen, um die Menschen, die nicht gut zu Fuß sind, zum Einkaufen, Arzt, Friseur, usw. zu bringen. Denn die Teilhabe aller Bürger am Gemeinwesen ist ein ureigenes Anliegen der Sozialdemokratie. In diesen Kontext fällt auch unser Antrag auf **Einführung des Karlsruher Passes**. Der „Karlsruher Pass“ bedeutet soziale Teilhabe für alle. Damit die Bahnfahrt, der Schwimmbad- oder Theaterbesuch nicht am Geldbeutel scheitert, schafft der Karlsruher Pass für Geringverdienende Vergünstigungen bei Angeboten in Freizeit, Kultur und Mobilität in Karlsruhe, aber auch in den umliegenden Gemeinden, die diesen Pass bereits übernommen haben, einschließlich KVV-Ticket. Und genau das wollten wir unseren Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen. Leider wurde dieser Antrag mit den Stimmen von CDU, ULIP und Bürgermeisterin knapp abgelehnt.

Viel Diskussion gab es um diverse **Gutachten**, allein in diesem Jahr für 1 Million Euro. Wir unterstützen das derzeit laufende Organisationsgutachten, das die Bürgermeisterin eigentlich gleich nach Amtsantritt vor 10 Jahren hätte fordern sollen, denn die Zuständigkeiten in der Verwaltung sind bereits seit vielen Jahren nicht klar definiert, Kapazitäten und Kompetenzen nicht ausreichend vorhanden. Seit Jahren fordern wir, über den Antrag als Große Kreisstadt nachzudenken, anstatt unsere nach wie vor auf 4 Dörfern basierende Verwaltung zu überfordern. Ganz abgesehen von den vielen Vorteilen, nicht mehr von übergeordneten Behörden im Landratsamt abhängig zu sein. Aber zurück zu den Gutachten und Planungen. Wir unterstützen selbstverständlich die vielen derzeit laufenden Planungen und Gutachten zu **klimarelevanten Prozessen** und Bauleitplanung: energetische Ortsmittensanierung Söllingen (mit vielen finanziellen Anreizen für die Bürger), Radwegekonzept, Parkraumkonzept, Spielplatzkonzeption, Feuerwehrgutachten, Grünordnungsgutachten, Baumschutzgutachten, Lärmaktionsplanung, Bauleitplanung, u.v.m. Durch den Start der vom Gesamtgemeinderat getragenen **Klimaoffensive** ist ein deutliches Umdenken erforderlich und auch erfolgt, was sich noch wenig in konkreten

Maßnahmen zeigt, aber durch verstärkte Planungen und Gutachten eingeleitet wird. Diese gilt es dann in den nächsten Jahren umzusetzen, wenn auch Pfinztal seinen Beitrag zu mehr Nachhaltigkeit leisten soll. Nicht umsonst haben wir daher für ein Vorziehen der **Klimaneutralität in Pfinztal auf 2030** plädiert. In puncto Planungen haben wir uns auch bewusst für einen Planungsansatz für Horte und KIGAs ausgesprochen. Viel zu oft gab es in der Vergangenheit Engpässe im Betreuungsbereich. Leidtragende waren die Familien mit Kindern. Wir wollen, dass alle Erweiterungsmöglichkeiten bestehender Einrichtungen auf den Prüfstand kommen, um dann entscheiden zu können, was benötigt wird und was nicht. Denn bei dem rasanten Einwohnerwachstum muss auch die Betreuung Schritt halten können. Apropos Einwohnerwachstum. Große Sorge bereitet uns der Wohnungsmangel, vor allem bei bezahlbaren Wohnungen. Zu diesem Punkt ist nichts im Haushalt vorgesehen, da die Gemeinde über keine eigenen Flächen verfügt und auch keine neuen Baugebiete derzeit geplant sind. Stattdessen hat die Verwaltung den Auftrag, alte Baugebiete auf die neuen Bundes- und Landesumweltgesetze zu überprüfen und etwaige neue, damit in Einklang stehende Gebiete, aufzulisten. Wir fordern bereits jetzt, dass in diesen Gebieten mindestens **50% für bezahlbaren Wohnraum** vorgehalten wird.

Soviel zu den Investitionen, die eine **Kreditaufnahme von 9 Mio. Euro** erfordern, sofern alle Posten noch in diesem Jahr zur Auszahlung kommen. Denn wieder einmal sind wir spät dran mit der Planung. Andere Kommunen beschließen den Haushalt bereits im Dezember. Bei uns ist es Ende März. Ehe die Prüfung durch das Landratsamt abgeschlossen ist, ist es Mai/Juni. Wie sollen dann die vielen in den Sommerferien der Schulen geplanten Arbeiten noch stattfinden können, denn Ausschreibungen und Vergabe erfordern viele Wochen Zeit. Das Ergebnis: allein 2,5 Mio. aus 2020 mussten mangels Fertigstellung oder Abrechnung in den neuen Haushalt übertragen werden und blähen diesen auf. Daher nochmals unser Appell an die Verwaltung: früher mit der Haushaltsplanung beginnen.

Damit steigt die Gesamtschuld im Kernhaushalt zum Ende des Jahres auf 16,7 Mio. Allerdings dürfen wir nicht vergessen, dass in diesem Betrag erstmalig auch die 5,5 Mio. Schulden enthalten sind, die sich jahrelang auf einem haushaltsexternen Konto für die Maßnahmen zur Beseitigung des BÜ Söllingen und das Baugebiet Engelfeld angesammelt hatten und nun in den Kernhaushalt überführt werden mussten. Einschließlich der **Eigenbetriebe Wasser** und **Abwasser** erhöht sich der Kreditbedarf zum Ende des Jahres auf 50 Mio. Dabei werden allein für die Sanierung der Kläranlage schon 9,5 Mio. für 2021 benötigt. Das bedeutet im

Klartext, dass die **Abwassergebühren** in nächster Zeit deutlich **steigen** müssen, handelt es sich doch bei diesem Eigenbetrieb der Gemeinde um eine kostendeckende Einrichtung. Man mag nun trefflich streiten, ob die hohe Kreditaufnahme richtig oder falsch ist. Fakt ist, mit den vielen baulichen Maßnahmen schaffen wir bleibende Werte, durch die Investitionen stützen wir unser eigenes Gewerbe, durch die niedrigen Zinsen ist die entsprechende Belastung gering und durch die hohe Tilgung werden auch keine zukünftigen Generationen belastet, sondern Schulden zügig abgebaut.

Ein heiß umstrittener Posten war in diesem Jahr die Vereinsförderung. Begonnen hat der Streit mit unserem Antrag auf dauerhafte **Erhöhung** der **Grundbeträge** für die Vereine und der Jugendzuschüsse um 20 %. Das wurde abgelehnt und stattdessen von Grünen/CDU ein Antrag auf Einrichtung eines Hilfsfonds mit 50.000 Euro für Corona-geschädigte Vereine beantragt. Dem haben wir gerne zugestimmt. Aber musste man deshalb unseren Antrag ablehnen? Hätte parallel dazu eine dauerhafte Entlastung den Vereinen nicht auch gut getan? Jedenfalls hat jetzt die Verwaltung den Schwarzen Peter und muss erst einmal Regeln finden, wie dieser Hilfsfonds ausgeschöpft werden kann und hat den Auftrag die Vereinsförderrichtlinien zu überarbeiten, mit dem Ziel von höheren Zuschüssen für die Vereine. Das hätte der Gemeinderat deutlich einfacher haben können.

Zum Stellenplan: wir tragen den deutlich **erhöhten Stellenplan** mit, da wir auch durch unser Votum für Klimaoffensive, energetische Gebäudesanierung, nachhaltige Bauleitplanung u.v.m. neue Aufgabenbereiche erschlossen haben, die natürlich besetzt werden müssen. Aber auch an dieser Stelle nochmals der Hinweis: wären wir Kreisstadt, würden einige dieser Stellen vom Bund bezahlt.

Zum guten Schluss gilt unser Dank all denen, die zum Gelingen unseres Gemeinwesens beitragen: den vielen Ehrenamtlichen in der Feuerwehr, der Kirche, beim Roten Kreuz, in den Vereinen, in den Schulen, im sozialen Bereich und in der Politik. Ohne diese Vielzahl von Menschen, die ihre Energie und Freizeit zum Wohle ihrer Mitbürger opfern, kann eine Gemeinde nicht existieren. Dafür danken wir Ihnen allen ganz herzlich.

Und natürlich bedanken wir uns auch bei unserer Verwaltung, die sich von uns viele kritische Fragen und Anmerkungen anhören muss. Und ganz zuletzt ein großes Dankeschön an all die vielen Menschen in den sogenannten „systemrelevanten“ Berufen, die uns durch diese schwere Zeiten führen. Ohne sie würde das öffentliche Leben komplett zusammenbrechen. Wir wünschen ihnen viel Kraft für die nächsten Wochen und bleiben Sie bitte gesund.

Die SPD-Fraktion stimmt allen drei Haushalten zu.